

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 4

Titelseiten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

29. Jahrgang

April 1950

Heft 4

PIERRE BRETON

Der Kampf um die Wahlreform in Frankreich

Paris, im März 1950.

Die gegenwärtige Nationalversammlung wurde im November 1946 auf die Dauer von fünf Jahren gewählt. Ihre Amtsdauer läuft also im November 1951 ab. Bisher waren es allein die Gaullisten, die für eine Auflösung der Kammer und Neuwahlen eintraten. Heute ist dieser Wunsch auch in andern politischen Kreisen – bei einem Teil der Radikalsozialisten und Unabhängigen – stärker als zuvor vorhanden. Die kommunistische Obstruktion im Parlament mit ihren Radauszenen hat dazu sehr stark beigetragen. Das stärkste Argument für die vorzeitige Durchführung von Neuwahlen besteht in den äußerst labilen Mehrheitsverhältnissen. Seit dem Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierung verweigert die 183 Mann starke kommunistische Kammerfraktion regelmäßig der Regierung das Vertrauen. Die Bildung der gaullistischen Bewegung war verknüpft mit Absplitterungen radikalsozialistischer und katholischer Parlamentarier, die sich zu einer gaullistischen Kammerfraktion zusammengeschlossen haben. So oft ein Teil der rechten und unabhängigen Gruppen mit diesem Oppositionsblock stimmte, reduzierte sich die Parlamentsmehrheit der Regierung auf einige, oft nur eine oder zwei Stimmen. Der Ruf nach der Schaffung von neuen Mehrheitsverhältnissen wird darum stärker. Die Anhänger von Neuwahlen machen aber gleichzeitig geltend, daß Neuwahlen, die nach dem heute geltenden Wahlproporz durchgeführt werden, keine wesentlichen Änderungen der gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse herbeiführen. Um eine arbeitsfähige Regierung zu bilden, die sich auf eine sichere parlamentarische Mehrheit stützt, soll zugleich das heute geltende Wahlgesetz abgeändert werden. Der Nationalversammlung liegen einige Projekte für eine Wahlreform in diesem Sinne vor, und eine Diskussion wird voraussichtlich in einer der nächsten Sessionen des Parlaments erfolgen.